



Afrikanische Antworten auf die Hungerkatastrophe

Pressemitteilung von Niema Movassat, 25. August 2011

"Die Geberkonferenz der Afrikanischen Union ist ein bemerkenswerter Schritt. Die Kräfte, die sich schon seit Jahrzehnten für eine tatsächliche Unabhängigkeit ihres Kontinents von neokolonialen und neoliberalen Ausbeutungsstrukturen einsetzen, genießen unsere volle Solidarität", so Niema Movassat, Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die Fraktion DIE LINKE, anlässlich der für heute durch die Afrikanische Union (AU) und die Vereinten Nationen (UN) einberufenen Geberkonferenz für die Hungerleidenden in Ostafrika. Movassat weiter:

"DIE LINKE begrüßt nachdrücklich diese Geberkonferenz von Afrikanern für Afrikaner auf afrikanischem Boden. Neben konkreten Hilfszusagen muss von ihr das Signal ausgehen, dass künftig verstärkt nach afrikanischen Lösungen für Afrika betreffende Probleme gesucht werden wird. Wir brauchen selbstbewusste Regierungen und zivilgesellschaftliche Kräfte in Afrika, die auch gegen internationalen Widerstand für die Interessen ihrer

Bevölkerungen eintreten. So müssten endlich die tieferen Ursachen der lange vorhersehbaren Hungerkatastrophe auf den Tisch. Afrika hat die neoliberale Politik westlicher Industrieländer in den letzten Jahrzehnten besonders hart getroffen. Die an marktliberale Bedingungen geknüpfte Auszahlung von Entwicklungshilfegeldern hat die Länder Afrikas in eine tödliche Spirale des wirtschaftlichen Niedergangs geführt. Dazu beigetragen haben die Spekulation mit Nahrungsmitteln und der Landraub der fruchtbarsten Böden durch multinationale Konzerne, die zu den hohen Lebensmittelpreisen wesentlich beitragen.

Ich unterstütze den jüngsten Aufruf der Hilfsorganisation Medico International und fordere die Bundesregierung auf, die strukturellen Ursachen der Hungerkatastrophe zum Anlass für eine radikale Umorientierung ihrer Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik zu nehmen. Sie muss sich darüber hinaus zu ihrer politischen Mitverantwortung für das Leid in Ostafrika bekennen. Das Recht auf Nahrung ist ein unteilbares Menschenrecht! Die Menschen in Afrika brauchen keine exportorientierte Landwirtschaft, die nur den wirtschaftlichen Interessen der Industrieländer dient. Vielmehr muss die Bundesregierung langfristig die lokale landwirtschaftliche Produktion für den eigenen Bedarf fördern, wie sie von Kleinbauern betrieben wird."